

Aufwärts

Christlich-nationales Tageblatt
mit der Sonntagsbeilage „Für Herz und Haus“.
Herausgeber D. Jarger.

Bezugspreis:

Erscheint wöchentlich sechs Mal. — Preis: Bei der Post gefordert vierteljährlich 2.40 Mk. Durch den Briefträger oder Boten 2.85 Mk.

Anzeigenpreis:

Die einseitige Zeile oder deren Raum 25 Wk. Restame-
gele 1.00 Mk. Beilagen nach vorheriger Vereinbarung.
Schluß der Anzeigen-Akademie nachmittags 3 Uhr.

Nr. 249.

Bielefeld-Bethel, Freitag, den 24. Oktober 1919.

Jahrgang 1.

**Geduld! Es kommt ein Tag, da wird gespannt
Ein einziges Jost ob allem deutschen Land!**
**Geduld! Wir stehen einst um ein Panier,
Und wer uns scheiden will, den morden wir!**
Geduld! Ich kenne meines Volkes Mart!
Was langsam wächst, das wird gedoppelt stark.
Geduld! Was langsam reift, das altert spät!
Wann andre welken, werden wir ein Staal.
C. F. Meyer. (Hutten's letzte Tage XXXVI.)

Hergts Ordnungsprogramm.

Von Professor Dr. Wilhelm Kaehler, Greifswald,
Mitglied der preussischen Landesversammlung.

Die innerpolitische Erörterung wird beherrscht durch die große Rede, die der Vorsitzende der Deutschnationalen Volkspartei, Hergt, am 26. September in der preussischen Landesversammlung gehalten hat. Und da gleichzeitig durch die Presse zwei andere programmatische Reden Hergts gehen, deren eine er in Breslau vor der Ordnungsrede, deren andere er in Greifswald später gehalten hat, so liegt die Frage nahe: Wie verhält sich diese große Parlamentsrede zu den beiden bei Parteitagungen gehaltenen Reden? Ist sie eine Bestätigung oder ein Widerspruch mit den oft und auch bei diesen beiden Gelegenheiten gegebenen Ankündigungen, daß die Deutschnationalen Volkspartei eine Partei der nationalen Opposition sei?

Daß auch die Hergtsche Freitagrede eine Tat des Führers der nationalen Opposition war, ist zweifellos. Freilich einer Opposition, die von großen Gesichtspunkten ausgeht und mit dem Kampf gegen die bestehende Regierung den klaren Blick für die notwendige Erhaltung des Staates und des Vaterlandes verbindet, die eben klar entscheidet zwischen Regierungspolitik und Staatsnotwendigkeiten. Staatsnotwendigkeit ist die Schaffung einer Ordnung im Innern, die uns den Kredit des Auslandes verschafft, das heißt ein Vertrauen des Auslandes zu unseren politischen Neuordnungen und zu unserer Wirtschaftsführung. Regierungspolitik ist aber ein Herumexperimentieren mit unseren politischen und wirtschaftlichen Problemen, das uns zu keinem Fortschritt, zu keiner Ruhe und Ordnung kommen läßt, weil es weder die Linke, noch die Rechte, noch die Mitte befriedigt. Und deshalb hat Hergt bei seinem Ordnungsprogramm nach der Entwicklung der einzelnen Programmpunkte auch gesagt: Diese Regierung kann dieses Programm nicht durchführen und kann seine Ziele nicht verwirklichen. Diese Regierung ist nach ihren Taten dafür nicht geeignet.

Noch weniger bedeutet die Verleumdung dieses Rettungsprogramms ein Anerkennen der Rechte zum Eintritt in diese Regierung. Wenn die Deutschnationalen sich hinter das Hergtsche Programm stellen, dann sagen sie damit, welche Punkte eine Regierung ausführen müßte, zu der sie Vertrauen haben können, ohne daß sie eine Parteiregierung ist. Es ist offensichtlich, daß das Hergtsche Programm nicht ein deutschnationales Parteiprogramm ist. Es geht in manchen Punkten über dieses hinaus, es bleibt in wichtigen Punkten erheblich hinter ihm zurück. Manche Parteifreunde haben das Bedenken geäußert, daß mit dem Hergtschen Programm eine Schwelung der Partei eingeleitet sei. Nichts liegt uns ferner. Es handelt sich um die Vorschläge eines führenden Kopfes unserer Partei, der versucht, aus der augenblicklichen Lage das für die nächste Zukunft Notwendige und Mögliche zusammenzufassen, um darauf eine Einigung aller derer zu ermöglichen, welche für die Ordnung auf Grundlage einer gesicherten Arbeit im Wirtschaftsleben eintreten wollen. Gewinnen wir wieder Ordnung, Arbeitslust und damit Kredit, dann können wir an die weiteren Arbeitspläne gehen.

Und damit ist denn auch der Vorwurf oder die Auslegung entkräftet, es sei ein sozialistisches Programm. Ein sozialdemokratischer Redner suchte das Hergtsche Programm damit abzutun, daß das „Arbeitsrecht“ der Hergtschen Forderungen für die Arbeitsverfassung den sozialdemokratischen Gewerkschaften zustehe, daß es lediglich eine Auslese aus dem Erfurter Programm sei. Er täuschte sich dabei aber doch über die Bedeutung des Erfurter Programms. So eht

marginalistisch es in seinem prinzipiellen Teil ist, so wenig folgerichtig sind seine praktischen Einzelorderungen: demokratische und sozialreformistische Programmpunkte wirbeln da mit sozialistischen Forderungen durcheinander. Und wenn das Hergtsche Programm eine Neuordnung des Arbeitsverhältnisses vorschlägt, so ist es eben nicht sozialistisch, sondern sozialreformistisch. Und das bedeutet in der heutigen Zeit doch klipp und klar antisozialistisch.

Und das ist denn auch der Kernpunkt der Hergtschen Programms. Seine politische Voraussetzung ist die Tatsache, daß in Deutschland keine sozialistische Mehrheit vorhanden ist, daß die Regierung ihre sozialistischen Forderungen gar nicht durchsetzen kann, weil sie sich auf die nichtsozialistischen Parteien ihrer Koalition stützen muß. Weshalb hat die Unabhängige Sozialdemokratie den großen Zulauf? Weil sie die Hüterin des konsequenten Sozialismus ist, während die Mehrheitssozialdemokratie viel mehr demokratische als sozialistische Politik macht.

Viele Wähler und Mitläufer der Sozialdemokratie glaubten nach der Revolution an die Zukunft in sozialistischem Sinne. Heute sind sie enttäuscht, weil die Tatsachen dem Sozialismus nicht sich beugen wollen. Weit in die Reihen der Mehrheitssozialdemokratie ist ein Mißtrauen gegen die sozialistischen Experimente und die sozialistischen Halbheiten zu beobachten. Hier ist ein ehrliches sozialreformistisches Programm das Heilmittel und der Anziehungspunkt.

Weder die Deutschnationalen Partei noch die einzelnen Fraktionen legen sich auf die Einzelheiten des Rettungsprogramms fest. Es ist ein Ausgangspunkt für Verhandlungen, eine Reihe von Wegweisern, wie die dringenden Fragen gelöst werden können durch Maßnahmen, mit denen sich von rechts bis weit nach links breitere Massen der Wähler und Abgeordneten aller Parteien einverstanden erklären können. Es ist ja auch keineswegs auf die Neugestaltung des Wirtschaftslebens beschränkt, sondern ergreift alle Grundlagen des Staatslebens.

Die Presse läßt erkennen, daß den Hergtschen Vorschlägen große Bedeutung für unsere innere Lage zukommt. Sogar die rechtsstehende Presse war zunächst durch die Eigenart der Vorschläge und des Gedankenganges überrascht. Aber in den Preßstimmen aus allen Lagern läßt sich erkennen, daß man versucht, sich mit dem Grundgedanken auseinanderzusetzen. Und wie der Presse, so geht es den Parteien. Sie lehnen zunächst ab. Anderes konnte man nicht erwarten. Solche Gedanken und Vorschläge gebrauchen Zeit. Sie werden nicht aus der öffentlichen Diskussion verschwinden, man wird auf sie zurückkommen.

Und die Regierung läßt eine Verlegenheitspause eintreten. Sie besinnt sich. Es ist klar, daß eine Regierung Erberger-Roske auf dieses Verständigungsprogramm nicht eingeht. Aber damit sind die Möglichkeiten nicht erschöpft. In der Regierung wird sich vielleicht mancher sagen, daß es auch im Interesse der Sozialdemokratie liegen kann, einmal „antisozialistische“ Politik zu treiben, dann nämlich, wenn die Zurückstellung ungewöhnlicher Sozialisierungsexperimente zur Herstellung von Ruhe und Ordnung im Vaterlande beitragen kann. Und damit wäre eine Anknüpfung für die Verwirklichung der Hergtschen Vorschläge gegeben.

Jede solche Verwirklichung stellt an alle beteiligten Parteien die Forderung, ein hohes Maß von Selbstverleugung im Interesse der augenblicklichen Sicherung des Vaterlandes zu üben. Nicht eine Partei allein muß dabei ihre Forderungen zurückschrauben, alle müssen bewußt für die nächste Zeit gewisse Parteideale zurückstellen. Nur von dieser Voraussetzung aus ist das Hergtsche Programm zu verstehen und zu verwirklichen.

Die Bodenbesitzreform — ein Weg zur Erlösung aus sozialer Not.

Gedanken und Fragen eines Laien über Besteuerung von Grund und Boden.

(Missionar E. Johansen, z. Zt. in Bethel.)

Welche Wohltat wäre es für die Gewissen, für die Seele des Menschen, wenn ihm durch eine Besteuerung nach diesen Grundsätzen die Last abgenommen würde, sich selbst einzu-

schämen. Da brauchte überhaupt nicht die Einnahme von Staats wegen beabsichtigt zu werden, sondern es würde sich nur um die Frage handeln: wie viel Land hast du, wie hoch ist sein Wert abzüglich der Gebäude und Anlagen.

Und diese Steuer hätte einen ungeheuren Vorteil, sie würde nicht die Produktion von Lebensmitteln hemmen, sondern im Gegenteil den Aukunier anspornen, so intensiv wie nur möglich den Boden zu bebauen. Als einst in Ägypten eine Steuer auf Dattelpalmen gelegt wurde, veranlaßte dies die Fellachen, ihre Dattelpalmen umzuhaufen; eine im Verhältnis viel höhere Besteuerung trieb sie dazu, möglichst viele Dattelpalmen zu pflanzen. Eine Bodensteuer hemmt nicht die Produktion, gerade das Gegenteil ist der Fall. Wohl aber hemmt eine starke Besteuerung von Grund und Boden die Bodenspekulation, denn wer mit Boden handelt, muß warten können, bis sein Gelände baureif wird oder sich möglichst vorteilhaft verwerten läßt. Er kann nicht jährlich große Summen an Grundsteuer zahlen, ohne den Boden auszunutzen. Die hohe Bodensteuer zwingt ihn, den Boden loszuschlagen. Diese Erfahrung hat man schon in manchen westfälischen Städten gemacht. Die Besteuerung des Bodens nach dem gemeinen Wert ließ den Wert der Grundstücke sinken, der Boden wurde billiger. Denn der Spekulation ging über der Besteuerung von unbenuzten Gelände der Atem aus. So paradox es klingt, welche großartige Mittel ist die Grundsteuer, die Preise der Lebensmittel herabzusetzen dadurch, daß man es dahin bringt, daß der Boden billiger wird. Denn wird der Boden billiger, so werden ja auch die Lebensmittel, die auf ihm wachsen, billiger und die Baumaterialien und Bodenschätze. Ich weiß wohl, wie entrüstet die Bodenspekulanten sein werden im Blick auf die Gefahr, die ihrem müßigen einträglichen Gewerbe aus einer hohen Bodensteuer erwachsen würde. Alle möglichen Einwände werden gebracht werden, um die Bodenbesteuerung als eine ganz verkehrte, unheilvolle Maßnahme zu verächtlichen; aber vor dem schlichten Menschenverstand können diese Behauptungen nicht bestehen, die Bodenbesteuerung empfiehlt sich zu sehr durch ihre innere Berechtigung, ihre Zweckmäßigkeit, ihre Wirkungen. Wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg. Wenn man nur Ernst machen will mit der Anerkennung, daß der Boden seinem Wesen nach Gemeindegut war und es wieder werden muß, wird man auch Wege finden, um die Schwierigkeiten mit der Verstaatlichung des Hypothekenwesens und auch anderer Schwierigkeiten zu überwinden. Solange aber die Selbstsucht des Individuums diesen gerechten Sozialismus auf dem Gebiet des Bodenbesitzes mit glühendem Haß bekämpft, ist natürlich eine Verständigung nicht möglich und die um das Jahre betrogene Gesamtheit des Volks wird mit brutaler Gewalt den Kampf gegen den Mammonismus der großen und kleinen Bodenbesitzer ausfechten.

Bei diesem Hinweis auf die Nützlichkeit der Einführung solcher Grundsteuer, die den Ertrag des Bodens, die Rente, d. h. den Ertrag für die Erlaubnis, den Boden auszunutzen zu dürfen, der Gesamtheit zugute kommen ließe, soll ausdrücklich bemerkt werden, daß dieser Vorschlag schon vor mehr als 100 Jahren in der Form gemacht ist, diese Rentensteuer sei an Stelle aller anderen Steuern einzuführen. Der ältere Mirabeau soll, wie Henry George erwähnt, gesagt haben, dieser Vorschlag sei gleichwertig mit der Erfindung der Schrift oder mit der Einführung des Geldes als Tauschmittel. Aber bisher hat der Kapitalismus in allen Ländern seine ganze Macht aufgebogen, um diese gerechte Steuer zu umgehen. Da werden dem kleinen Bodenbesitzer Gespenster an die Wand gemalt, als ob eine gerechte Grundsteuer ihn ruinieren müsse, während es doch ganz klar ist, daß eine solche Steuer nur den zugrunde richten wird, der den Boden entweder aus Spekulation nicht auszunutzen will oder aus Untüchtigkeit, ihm seinen Ertrag zu entlocken, nicht versteht. Und letzterer gibt es ja mit Recht viel besser dem tüchtigen Landwirt. — Einer überstürzten Maßregel soll selbstverständlich nicht das Wort geredet werden, aber es ist an der Zeit, daß endlich einmal die sozial sein wollende Regierung auf diesem Punkt der Steuerreform ihren sozialen Charakter betätigt. Oder sind die Leute, die uns regieren, vielleicht gar keine wirklichen Sozialisten? Man sollte doch denken, in der Stellungnahme zu der Frage: wem gehört der deutsche Boden, und in den Grundfragen der Besteuerung müßte sich das zeigen. Doch ob sie es sind oder nicht sind, jeder, der sich etwas mit den Grundfragen unserer Volks-

wirtschaft beschäftigt hat und zwar sich damit als Freund der Gesamtheit, als Christ beschäftigt hat, der sieht darin seine heilige Aufgabe, mit dafür zu arbeiten, daß die berechtigten Ansprüche der Gesamtheit und des einzelnen zuerst einmal überhaupt erkannt und anerkannt und dann in gerechter Weise in Einklang gebracht werden: der Boden mit seinen Kräften und Schätzen ist Eigentum des Volkes und der Ertrag für den Nutzen des Bodens muß unverfälscht dem ganzen Volke zugute kommen. Das sind klare Grundsätze und Richtlinien. Wenn die Christen nicht für diese Grundsätze und Richtlinien eintreten und den Kampf gegen eine selbsttätige Gier des Einzelnen nach Reichtum ausfechten wollen, so zeigen sie damit, daß sie den Kampf Christi gegen den Mammon gar nicht verstehen, daß sie blind sind für den Sozialismus des Alten und Neuen Testaments.

Die Bodenreformbewegung, die für diese Grundsätze und Richtlinien Kraftvoll eintritt, ist für den, der aus seiner religiösen Stellung heraus nicht Sozialdemokrat und aus seiner sozialistischen Gesinnung heraus nicht von Herzen Mitglied einer anderen Partei sein kann, die Morgenröte, die ihm einen neuen Tag gerechterer Gestaltung unserer Volkswirtschaft verflündet.

Die Washingtoner Konferenz.

Die Entsendung deutscher Delegierter zur internationalen Arbeiterkonferenz beschlossen.

Bekanntlich hat die deutsche Regierung den Ministern vor der Unterzeichnung des Friedensvertrages den Vorschlag gemacht, zur Beratung und Beschlußfassung über das internationale Arbeiterrecht noch während der Friedensverhandlungen Vertreter der Landesorganisationen der Arbeitergewerkschaften aller vertragschließenden Länder zu einer Konferenz nach Versailles zu berufen. Gleichzeitig ließ die deutsche Regierung durch die Delegation in Versailles einen von ihr aufgestellten Entwurf eines Abkommens über internationales Arbeiterrecht unterbreiten.

Die Alliierten erklärten in ihrer Antwortnote die Notwendigkeit der Verwirklichung von Reformen an, auf die die Arbeiterklasse mehr denn je ein Recht habe nach der harten Prüfung während der letzten fünf Kriegsjahre, lehten jedoch kurzhand die Einberufung dieser Konferenz nach Versailles ab. Die deutsche Regierung machte in einer neuen Entgegnung darauf aufmerksam, daß eine Beratung und Beschlußfassung der Arbeiterorganisationen bei den Friedensverhandlungen unbedingt nötig sei. Hierdurch werde auch das festeste Fundament für den Weltfrieden geschaffen, denn ein ohne Zustimmung der organisierten Arbeiter aller Länder nur von den Regierungen allein geschlossener Frieden werde der Welt den sozialen Frieden nicht bringen. Die Entente beharrte jedoch auf ihrer Entschluß, stellte dagegen die Einberufung der internationalen Arbeiterkonferenz für Oktober in Aussicht an der auch deutsche Delegierte mit gleichen Rechten teilnehmen könnten. Sie sollten jedoch erst zugelassen werden, wenn die Konferenz ihre Zustimmung geben würde. Angesichts der Form, in der die Angelegenheit von den Alliierten behandelt wurde, beschloß die Vertreter der deutschen Gewerkschaften, nicht nach Washington zu gehen.

Somit wird jetzt gemeldet, daß man sich nun doch für Entsendung deutscher Delegierter zu der bevorstehenden Arbeiterkonferenz entschlossen hat. Wegen der Angelegenheit haben sowohl von Regierungseits wie von den Gewerkschaftenverbänden weitere Verhandlungen stattgefunden. Nach dem Ergebnis dieser Verhandlungen erscheint es angängig, von der bisherigen ablehnenden Haltung gegenüber der Frage der Beschickung der Konferenz durch deutsche Vertreter abzugeben. Dem deutschen Gewerkschaftsverband ist durch neutrale Vermittelung die Erklärung zugegangen, daß der Oberste Rat der alliierten und assoziierten Regierungen die Zulassung der deutschen und österreichischen Delegierten als vollberechtigte Mitglieder zu der Konferenz empfohlen hat, so daß auf diese Zulassung in erster Sitzung der Konferenz mit Sicherheit zu rechnen ist. Dies ist dem Vorsitzenden der deutschen Friedensdelegation in Paris bekannt worden. Die deutsche Regierung hat sich

Die Leidensstage der ungarischen Christen unter der Kommunistenherrschaft.

(Schluß.)

Auch der hochangesehene Bischof von Steinamanger, Graf Mikos, hat alle Qualen und Schreden des Kerkers von der Einzelhaft bis zur Massenhaft im finsternen Kellerloch durchkosten müssen. Es wurde ihm nur die den anderen Gefangenen zugewiesene Kost gewährt. Schließlich wurde er durch die treuen und opfermütigen Eisenbahner aus der Haft befreit und unter Lumpen versteckt im Eisenbahnwagen entführt.

Ein kranker Katechet wurde ohne ein Verhör, ohne irgend eine Schuld drei Monate lang eingekerkert und wiederholt schwer mißhandelt, ohne daß eine Klage gegen ihn erhoben werden konnte. Einst ließ sich der amtliche Liquidator für Kirchenangelegenheiten, Oskar Faber, in der Wut zu der Drohung hinreißen: „Ich werde alle Priester einsperren lassen und wenn sich die Christen rühren wollen, werde ich sie alle niederschlagen lassen!“

Die Kommunistenführer hatten angekündigt, daß alle Kirchen und Gotteshäuser gesperrt und zu Theatern und Kinos gemacht werden sollten. Sofort wurde alles ausgeplündert. Sämtliche Kirchengüter, Kirchenfonds, Kirchenstipendien und selbst die Opferstöcke wurden beschlagnahmt. Der alte Bischof von Gran beherbergt die weltberühmte Schatzkammer. Alle Schätze, Gold, Silber und Edelsteine wurden von dort weggeschleppt. Ebenso alle Kirchengüter, die Messen, Rauch- und Chormäntel usw., nur die einfachsten Stühle wurden zurückgelassen. Der Fürstprimas konnte daher das heilige Oster- und Pfingstfest nicht in seinem Ornat, sondern nur in ärmlichen kirchlichen Gewändern feiern. Die Kirchen sollten hinfort nur noch den Volksbeauftragten zu kommunistischen und sozialdemokratischen Versammlungen überlassen werden.

unter diesen Umständen in Uebereinstimmung mit der Auffassung des deutschen Gewerkschaftsverbandes entschlossen, sieben Delegierte nach Washington zu entsenden. Außer zwei Regierungsdarstellern und je einem Vertreter der Arbeiter und Arbeitgeber werden der deutschen Delegation eine Anzahl Sachverständiger angehören. Die Abreise wird voraussichtlich gemeinschaftlich mit den österreichischen Delegierten Ende dieser Woche erfolgen.

Als Führer der deutschen Regierungsdarstellung auf der Arbeiterkonferenz in Washington ist der frühere Staatssekretär des Kriegsministeriums und spätere Staatssekretär im Reichswirtschaftsamt Dr. August Müller in Aussicht genommen.

Graf Bernstorffs Vernehmung.

Friedensvermittlung und Geschäft.

Der Untersuchungsausschuß der Nationalversammlung für die Frage der Friedensmöglichkeiten setzte am Mittwoch die Vernehmung des Grafen Bernstorff fort. Zu Beginn der Sitzung geht der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Quark in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des ersten Untersuchungsausschusses (Kriegsschuld) auf die Behauptung des Grafen Bernstorff ein, „Wilson hätte in der kritischen Periode gar nicht mehr die Möglichkeit gehabt, eine Friedensvermittlung mit der Entente zu erzwingen, weil der amerikanische Handel schon so sehr mit den Interessen der Entente verbunden war, daß Wilson diese Handelsbeziehungen unmöglich stören konnte ohne einen ungeheuren Sturm in Amerika hervorzurufen. Mit Rücksicht auf die ungeheure Wichtigkeit dieses Punktes für die Beurteilung des ganzen Verlaufs der Wilsonschen Friedensaktion fordert Abg. Quark von dem Zeugen Beispielen für die Behauptung, daß Wilson wegen der amerikanisch-ententeischen Handelsbeziehungen keine aussichtsreiche Friedensvermittlung mehr unternehmen konnte.“

Graf Bernstorff entgegnete, daß von dem Tage der Verfertigung der „Lusitania“ bis zur Verfertigung der „Sussex“ in Amerika niemals ein Moment gekommen ist, wo keine deutsch-amerikanische Kontroverse bestand. „Jedemal, wenn wir glaubten, irgend etwas erreicht zu haben, geschah wieder eine Verletzung oder eine Verschärfung des U-Boot-Krieges oder irgendein anderer Vorfall, der alle Verhandlungen mit Amerika illusorisch machte. In dieser Zeit hatte sich der gesamte

amerikanische Handel auf die Entente eingeleitet.“

Die Verhältnisse lagen so, daß die amerikanischen Handelskreise durchweg ein Interesse daran hatten, den Handel mit der Entente aufrechtzuerhalten. Wenn Wilson so vorgegangen wäre, daß er diesen Handel gestört hätte, so würde er die öffentliche Meinung in Amerika gegen sich gehabt haben. Ich erinnere mich sogar, daß bei unseren Besprechungen Fälle vorgekommen sind, wo gesagt wurde, Wilson möchte doch ein Verbot auf die Ausfuhr legen. Wilson hat aber immer wieder gesagt, er könne nicht gegen die öffentliche Meinung auftreten.“

Auf eine Frage des Sachverständigen Prof. Hoersch stellte Graf Bernstorff ausdrücklich fest, daß die Verschärfung der wirtschaftlichen Interessen Amerikas nach England hin schon im Frühjahr 1916 so stark war, daß Wilson nicht mehr gegen die öffentliche Meinung Amerikas antämpfen konnte.

Amerika und Belgien.

Es folgte nunmehr eine längere Vernehmung des Grafen Bernstorff über die Stellung Amerikas zu der belgischen Frage. Wie der Zeuge angibt, hat diese Frage die Amerikaner während des Krieges am meisten interessiert und in erster Linie die amerikanische öffentliche Meinung gegen uns aufgebracht. Graf Bernstorff zweifelt nicht daran, daß die Amerikaner auch bei der Friedensvermittlung unter allen Umständen die Forderung der völligen Wiederherstellung Belgiens gestellt hätten, daß sie an etwas anderes niemals gedacht haben und daß sie ohne diese Wiederherstellung den Frieden niemals vermittelt haben würden. Wenn wir erklärt hätten, daß wir Belgien nicht annektieren wollten, so würde das

Aber da traten selbst die Arbeiter gegen die Volksbeauftragten auf. Daraufhin erließ der Minister Kumpf den berühmten Erlass, in welchem er freie Religionsübung gestattete. Doch wurde jeder Gottesdienst von einem anwesenden Mitglied des Arbeiterrats oder einem Volksbeauftragten überwacht, der sich während der Predigt Notizen machte, um dann gegebenenfalls Anzeige zu erstatten.

So ging die Revolution über die Kirche Ungarns hinweg. Kein Pfarrhaus blieb verschont von Unterfuchungen, Drohungen und Strafen. Der Pfarrer wie seine Pfarrkinder mußten mit Todesangst jedem neuen Morgen und jeder neuen Nacht entgegensehen. So stehen jetzt viele Pfarren verwaist, viele Pfarrer sind verjagt, eingekerkert oder ermordet worden.

Aber auch gegen die Schulen wurde in gleich gewalttätiger Weise vorgegangen. Die Kreuze, religiösen oder patriotischen Bilder wurden von der Wand gerissen. Es war verboten, in der Schule zu beten oder das Kreuzzeichen zu machen oder nur den Namen Gottes zu nennen. Weder geistliche noch patriotische Lieder durften gesungen werden, wie ja überhaupt in allen öffentlichen Lokalen letztere verboten waren. Statt dessen konnte man in allen Straßen, Schenken und Schulen die Arbeitermarzschalle hören. Als einmal der Volksbeauftragte Faber eine Mädchenschule besuchte, um zu kontrollieren, wie die Lehrerinnen den Unterricht erteilten, verlangte er, daß eine Schülerin aus der Geschichte geprüft werde. Das sechzehnjährige Mädchen stand auf und hielt trotz der Anwesenheit des allgewaltigen Faber einen Vortrag voll Patriotismus und Frömmigkeit. Oskar Faber erbleichte vor Wut, und als das Mädchen zu Ende gesprochen hatte, fuhr er es so an: „Genosin, weißt du, daß ich das Recht habe, dich nach diesem Vortrag sofort aufhängen zu lassen? Was sagst du dazu?“ Das Mädchen, die Tochter einer angesehenen Fa-

milie, antwortete mit heroischem Bekennermut: „Ich weiß es, aber ich fürchte Sie nicht. Wenn Sie mich aufhängen lassen, werde ich in der andern Welt noch für Ihre Bekehrung beten.“ Diese Worte ergriffen selbst den harten Kolling. Bleich und bebend vor Erregung sprach er vor sich hin: „Einen solchen Charakter habe ich noch nie gesehen“ — und verließ die Schule.

Aber wenn auch derselbe Kommunistengewaltige in einer Versammlung zu seinen Getreuen sagte: „Ihr wollt Pogrome (Nachstellungen). Gut, wenn ihr Pogrome wollt, ich will sie zulassen. Aber ich will bis zu den Knien in dem Blute der katholischen Pfaffen waten können!“ — und wenn dieser selbe Mann beim Eintritt in sein Amt erklärte: „20 Jahre habe ich darauf gewartet, meine Ideen verwirklichen zu können (Faber war ein abgefallener Kleriker), nun endlich ist die Gelegenheit gekommen, daß ich meinem Christus- und Gottesdasein freien Lauf lassen kann“ — so war doch alles umsonst. Das Wort eines Kommunisten ist wahr geworden: „Der Kommunismus ist am Katholizismus, an der Religion gescheitert.“ Aus dem Blut der Märtyrer ist wie einst neuer Samen des Christentums aufgegangen. Eine Erneuerung des religiösen Lebens ist in Ungarn angebrochen. Nie ist der Geistliche mehr mit seinen Pfarrkindern verwachsen gewesen als in dieser schrecklichen Zeit der Not, und nie hat das Volk mehr und herrlichere Beweise seiner treuen und kirchlichen Gesinnung gegeben, als in den letzten Monaten und Wochen. Heute sind die Ordensgeistlichen wieder zurückgekehrt, die Nonnen wieder in ihren Klöstern geborgen, der Religionsunterricht ist wieder in die Schulen eingezogen. Die Kirchen füllen sich und die Beichtstühle sind umlagert. Bis vor die Tür hinaus stehen die Gläubigen bei den sonntäglichen Gottesdiensten. Da sämtliche Religions- und Gebetbücher verbrannt werden mußten, macht sich augenblicklich hier in Budapest und ganz Ungarn ein großer Mangel bemerkbar.

Die sogenannten deutschen Verschwörungen ein, durch welche die Stimmung besonders ungünstig für uns beeinflusst worden sei. In der Untersuchung des amerikanischen Senats sei über diese Sache als feststehend angesehen worden, daß von deutscher Seite in Amerika Dinge veranstaltet worden sind, die sich nicht im Einklang befanden mit den amerikanischen Gesetzen. Er selbst stehe auf dem Standpunkte, daß der Ausdruck Verschwörung nicht berechtigt sei. Es seien wohl einzelne Handlungen vorgekommen, die nicht mit den amerikanischen Gesetzen in Einklang zu bringen seien mit denen er jedenfalls für seine Person nichts zu tun gehabt habe. Er wisse, daß seitens einiger Herren Sabotage getrieben worden sein soll. Wie weit diese der Sabotage überführt seien, könne er nicht sagen.

In der weiteren Vernehmung knüpft der Vorsitzende an den deutschen Friedensschritt vom 12. Dezember an, der, wie Abg. Singheimer noch reichlich stellt, „mit voller Kenntnis der obersten Veresleitung und in völliger Uebereinstimmung mit dem Kaiser“ unternommen worden ist.

Der Berichterstatter Dr. Singheimer fragt, ob es zutreffend sei, daß Wilson, nachdem die Verfertigung der deutschen Friedensbedingungen abgelehnt war, möglichst um vertrauliche Mitteilung der Bedingungen ersucht habe — ein Ersuchen, dem von Deutschland nicht Folge geleistet wurde. Der Vorsitzende gibt das zu. Bei dieser Gelegenheit verliest der Abg. Dr. Singheimer ein vom 16. Januar 1917 datiertes Telegramm des Kaisers an den damaligen Staatssekretär des Reiches, Herrn Zimmermann. Darin heißt es wörtlich: „Seine Majestät lassen Euer Exzellenz für die Auskunft danken. Jura Telegramm bemerkt Seine Majestät, daß Wilsons Friedensangebot gar keinen Wert auf Wilsons Friedensangebot legen. Falls Wilson mit Amerika unvermeidlich wäre, ist es nicht zu ändern, es wird vorgegangen.“ (Bewegung.) Auf Grund dieses Telegramms und jetziger Veröffentlichungen ist Graf Bernstorff zu der Auffassung gekommen, daß die Wilsonsche Friedensvermittlung von uns befestigt werden sollte.

Es wird dann die Frage

der Entente-Abrechnung

zur Verhandlung gestellt.

Graf Bernstorff: Soweit meine Verhandlungen mit dem Vertreter des Präsidenten Wilson in Betracht kommen, so habe ich mir immer gesagt, daß er die Bedingungen der Entente als nicht ernst zu nehmen betrachte. Er hat auch ausgesprochen, die Entente habe die Absicht, uns zum U-Boot-Krieg zu bringen, um die Vereinigten Staaten in den Krieg hineinzuziehen. Ich habe bei den Verhandlungen mit Oberst House über alle Möglichkeiten und Fragen vertraulich gesprochen. Da ist öfter die Auffassung laut geworden, die Entente würde unter allen Umständen versuchen, einen Krieg zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten zu provozieren, um so den europäischen Krieg zu ihren Gunsten zu entscheiden.

Allmählich wird die Verhandlung trotz der Bemerkungen des Vorsitzenden etwas uferlos. Von besonderem Interesse wieder wird erst wieder der Schluß des Verhörs, als Vorsitzender Warmuth darauf hinweist, daß Wilson doch immer als Mann gegolten habe, der für Menschlichkeit und Gerechtigkeit eintritt. Hat Wilson sich über diesen rein menschlichen Gesichtspunkt geäußert?

Graf Bernstorff: Diese Frage ist von mir häufig berührt worden, so bei der „Lusitania“ und der „Sussex“-Frage. Die Hungerblockade hielt er für illegal.

Abg. Singheimer: Glauben Sie an den guten Willen Wilsons, den Frieden zu vermitteln?

Graf Bernstorff: Ja!

Abg. Singheimer: Sollte es ein Frieden zu

gunsten der Entente sein?

Graf Bernstorff: Wilson sagte mir am 22. Januar, ein Frieden ohne Sieg solle erreicht werden. Ich habe es so verstanden, daß das bedeutet,

Deutschland fang behaltet. Auf ein erlärte Gra nischer Seite worden, wora ung deutsch. Darauf auf Donnerst

Die S

Die allg tet mit einer Düsseldorf: V eine Bergedn seine produkt den. Allein Millionen ge produktio ver Millionen für präbenten u Ministeriums viel Schloßer könnten.

Generalab: Die Betr zen Reihe von nen sind. V ben stehen wi Abg. Ma den, daß die Fortreffliches aufnämische stellt worden Gegen das r ferer Feinde in ie Bewahrung Beträge für U nen. Das der ser behandelt

Abg. Frick wesen, die z eigenum verh Damit sch Entschließung Grundzüge für waltung der el angenommen.

In der Ei daß auch der bührende Stell muß dem jurist werden.

Reichschatz Techniker ist

Wir wollen die bringen.

Abg. Laver den Ausstellung genägend vermi bau müssen sie men

Abg. Stahl gigen die Haupt betriebe in Sp

Abg. Jand umgekehrt werde werden. Großb den den Nacht

Abg. Inbeil fährungen die V Heeresbetriebe.

Abg. Bid (A im Rheinlande legung ist auch

Abg. Inbeil fährungen die V Heeresbetriebe.

Abg. Bid (A im Rheinlande legung ist auch

Abg. Inbeil fährungen die V Heeresbetriebe.

Abg. Bid (A im Rheinlande legung ist auch

Abg. Inbeil fährungen die V Heeresbetriebe.

Abg. Bid (A im Rheinlande legung ist auch

Abg. Inbeil fährungen die V Heeresbetriebe.

Abg. Bid (A im Rheinlande legung ist auch

Abg. Inbeil fährungen die V Heeresbetriebe.

Abg. Bid (A im Rheinlande legung ist auch

Abg. Inbeil fährungen die V Heeresbetriebe.

Abg. Bid (A im Rheinlande legung ist auch

berhandlung... Schlichtung nach... immer wieder... getrieben haben... auf... drungen... ungünstig... Unternehmung... diese Sache als... deutscher Seite... sind, die sich... amerikanischen... Standpunkte, das... richtig ist. Es... kommen, die nicht... infolge von brin... seine Person... te, daß seitens... worden sein soll... rt seien, könne... abft der Vor... t vom 12. De... noch rasch fest... der Leistung... dem Kaiser... er fragt, ob es... Berichtigung... nicht war, we... Bedingungen... eufschland nicht... gibt das zu... Abg. Dr. Sin... tes Telegramm... retär des Heu... tlich: „Seine... Auskunft dan... Majestät, daß... Wert auf... Falls Bruch... nicht zu än... Auf Grund... tlichkeiten nicht... ekommen, daß... n uns besel...

Deutschland sollte seine Weltstellung in vollem Umfang behalten. Ich hielt Wilson für einen ehrlichen Makler.
Auf eine Anfrage des Abgeordneten Einzelmeier erklärte Graf Bernstorff: Niemals ist von amerikanischer Seite mit mir über einen Frieden verhandelt worden, worin auch nur die geringste Abtreuung deutschen Gebietes ausgenutzt worden wäre. Darauf wurde die Verhandlung abgebrochen und auf Donnerstag vertagt.

Die Nationalversammlung.

— Berlin, 22. Oktober.

Etat des Reichsschatzministeriums.

Die allgemeine Aussprache wird heute eingeleitet mit einer Rede des deutschnationalen Abg. Koch-Büschdorf: Auch in den reichseigenen Betrieben muß eine Vergütung von Löhnen und Gehältern, denen keine produktive Arbeit gegenübersteht, festgestellt werden. Allein für Spandau ist die Summe von 200 Millionen genannt worden, die in dieser Zeit unproduktiv verausgabt worden ist. Im Etat werden 22 Millionen für den Bau einer Wohnung für den Reichspräsidenten und 20 1/2 Millionen für den Neubau des Ministeriums des Innern gefordert. Wir haben so viel Schöpfer, daß diese Summen erpart werden könnten.

Generaldirektor des Reichsverwaltungsamts Wein-: Die Betriebe sind noch belastet mit einer ganzen Reihe von Abschüssen, die mit Verlust zu berechnen sind. Bei der Umstellung von dreißig Betrieben stehen wir vor einer sehr schwierigen Aufgabe. Abg. Marek (D. Sp.): Es muß anerkannt werden, daß die Betriebe unter der früheren Verwaltung Fortschritte geleistet haben. Jetzt sind Sachleute und kaufmännische Kräfte an die Spitze der Betriebe gestellt worden mit Gehältern bis zu 240 000 Mark. Gegen das rückständige und sinnlose Vorgehen unserer Feinde in den besetzten Gebieten legen wir schärfste Verwahrung ein, ebenso gegen die unerhörten Beträge für Unterhaltung der Ueberwachungskommissionen. Das demokratische Deutschland wird nicht besser behandelt als das kaiserliche Deutschland.

Abg. Trüth (U. Sp.): Die Arbeiterräte sind es gewesen, die zuerst die Verschleuderung von Staatseigentum verhindern wollten. Damit schließt die allgemeine Aussprache. Eine Entschließung der Mehrheitsparteien, die bestimmte Grundzüge für die Fortführung, Auflösung und Verwaltung der ehemaligen Heeresbetriebe aufstellt, wird angenommen.

In der Einzelberatung fordert Abg. Wieland (D.), daß auch der Technik im Schatzministerium die gebührende Stellung eingeräumt werde. Der Techniker muß dem juristischen Verwaltungsbeamten gleichgestellt werden.

Reichsschatzminister Mayer-Kaufmann: Auf die Technik ist besonders Rücksicht genommen worden. Wir wollen die Techniker auch in Verwaltungsfstellen bringen.

Abg. Lohrenz (Dnall.): Die Techniker haben nach den Aufstellungen der Etats ihre Hoffnungen nicht genügend verwirklicht gefunden. Bei dem Wiederaufbau müssen sie eine hervorragende Stellung einnehmen.

Abg. Stahl (Soz.) behauptet, daß die Unabhängigen die Hauptschuld daran tragen, daß die Staatsbetriebe in Spandau geschlossen werden mußten.

Abg. Jandt (Ztr.): Die Heeresbetriebe müssen so umgestaltet werden, daß Privatwerke nicht geschädigt werden. Großbetriebe haben gegenüber Kleinbetrieben den Nachteil, daß in ihnen viel Material verschwendet wird.

Abg. Zubeit (U. Sp.) behandelt in längeren Ausführungen die Arbeiterentlassungen in den Spandauer Heeresbetrieben.

Abg. Wid (Dem.) fordert für die besetzten Gebiete im Rheinland dringend Hilfe: die militärische Besetzung ist auch nicht notwendig, sie ist nur Haß, jedenfalls muß ihre Zahl herabgesetzt werden.

Der Ausschussantrag betreffend die Militärwerkstätten wird angenommen.

Damit ist der Haushalt des Reichsschatzministeriums erledigt. Donnerstag 1 Uhr: Etat des Auswärtigen Amtes.

Schluß 6 1/2 Uhr.

Deutsches Reich.

— Reichspräsident Ebert ist am Mittwoch zu einem kurzen Besuch in Dresden eingetroffen. In der Begleitung des Reichspräsidenten befanden sich die Minister Heine und Dr. Weizsäcker sowie die Abgg. Böbe und Ullrich.

— Die preussische Generalordenskommission wird ihre Tätigkeit Ende März 1920 einstellen. Die noch verbleibenden Geschäfte gehen auf das Staatsministerium über.

— Weil der „Mainzer Anzeiger“ verabreicht hatte, eine ganz harmlose Theaterkritik der französischen Wehrde zur Botschaft vorzulegen, wurde er zu 10 000 Francs Geldstrafe verurteilt.

— Die Verabschiedung der Generale Graf Waldersee und v. d. Goltz. An die Redaktion des „Vorwärts“ hat der Reichswehrminister Noske folgende Zeilen gerichtet: „Im „Vorwärts“ vom 18. Oktober morgens ist die Verabschiedung zweier Generale in einer Form angezeigt, von der ich weit abrufe. Wenn dort von „herauswerfen“ des einen und „im großen Bogen folgen“ des anderen gesprochen wird, so kann ich es nur verurteilen, wenn in einer derartigen Weise von Männern gesprochen wird, deren Auffassungen und Wege sich von meinen trennen, deren langjährige Friedens- und Kriegsdienste sie aber vor solchen Ausdrücken schützen müssen. Was den sachlichen Teil der Notiz anbelangt, so entscheidet der Reichspräsident nach Recht und Gesetz über die Verabschiedung von Offizieren.“

— Die Ansetzung Frankreichs. In der Zeit vom 16. bis 18. Oktober besuchten deutsche Fortsachverständige unter Führung von örtlich orientierten französischen Fortsachverständigen typische Punkte der zerstörten Fortsgebiete in den Departements Maas und Aisne. Es hat sich dabei gezeigt, daß in den besetzten Gebieten sehr erhebliche Aufräumungs- und Ansetzungsarbeiten zu leisten sind, die jedoch nur im Zusammenhang mit den anderen Wiederherstellungs- und Aufbauarbeiten vorgenommen werden können.

Rundschau im Auslande.

— Alle Wiener Schulen sind infolge der Kohnenot in der Zeit vom 15. November bis 15. Februar 1920 zu schließen.

— Der aus Deutschland ausgewiesene russische Volschewnikführer Kadel ist in Polen wegen Aufreizung der Landarbeiter und Eisenbahner zum Generalstreik verurteilt worden.

— In Amsterdam wurde eine internationale Konferenz der Staatsangehörigen eröffnet. Anwesend waren Vertreter aus Deutschland, Belgien, Frankreich, Schweden, Dänemark, Norwegen, Holland und England.

— Nach Schweizer Meldungen beabsichtigt Bulgarien die im Lande vorhandenen Vermögen seiner ehemaligen Verbündeten zu beschlagnahmen.

— Der französische Ministerpräsident Clemenceau wird eine große Wahlrede, voraussichtlich in Straßburg, auf einer Rundreise durch Elsaß-Lothringen halten.

— Bei der Erziehung in Boushouse (England) erhielt der Koalitionsunionist 9394 Stimmen, der Kandidat der Arbeiterpartei 6412, der Liberale Bringle 9422 Stimmen und wurde somit gewählt. Dies ist bereits die sechste Nachwahl, welche zu Ungunsten der Regierung ausgefallen ist.

Oesterreich: Die erzwungene Verfassungsänderung.

Die deutsch-österreichische Nationalversammlung hat jetzt die Verfassung nach dem Gebote der Entente geändert. Nach dem Gesetz wird Deutsch-Oesterreich gemäß dem St. Germainer Vertrage die Bezeichnung „Republik Oesterreich“ tragen. Ferner wird die deutsche Staatsprache, unbeschadet der den sprachlichen Minderheiten eingeräumten Rechte, festgelegt. Schließlich werden die Bestimmungen der Novemberverfassung und des Märzgesetzes, wonach Deutsch-Oesterreich ein Bestandteil des Deutschen Reiches ist, aufgehoben. Der Großdeutsche Vater und der Sozialdemokrat Außerlich gaben den schmerzlichen Gefühlen aller Oesterreicher über die querschnittliche Festlegung der Auflösung der Gemeinshaft mit dem Deutschen Reiche Ausdruck. So dann wurde das Gesetz in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Frankreich: Eine politische Verschwörung in Elsaß-Lothringen.

In Straßburg wurde ein großes neutralistisches Komplotz entdeckt. Die Straßburger Blätter bringen Spalten-

Local- und Provinzialnachrichten.

Bielefeld, den 24. Oktober 1919.

— Wichtig für Empfänger von Heeresbezügen. Es wird daran erinnert, daß die Zahlung der Heeresbezüge (Militärpensionen, Renten, Hinterbliebenenbezüge) für den Monat November bereits am 29. Oktober bei den zuständigen Postanstalten stattfindet. Die pünktliche Abhebung der Bezüge an diesem Tage ist durchaus erforderlich.

— Ausbildung von Borturnern. Der Minden-Ravensberger Turngau — Kreis 8a, Westfalen und Lippe — der Deutschen Turnerschaft veranstaltet zwecks gründlicher Ausbildung von Borturnern am 8. und 9. November in Bielefeld in der Halle der Turngemeinde „Arminia“ einen Turnkursus. Praktische Übungen und Vorträge werden von morgens 8 bis nachmittags 5 Uhr bei einer einstündigen Mittagspause abwechseln. Vereine bis zu 100 Mitglieder können einen, solche über 100 Mitglieder 2 Borturner zur Teilnahme an dem Kursus entsenden. Der Gau vergütet jedem Teilnehmer viermal die Fahrtkosten, eventuelle weitere Beihilfen müssen die Vereine tragen. — Mundvorrat ist mitzubringen, im Jugendheim der Turnhalle wird während der Mittagspause eine Tasse Kaffee bereit gehalten.

— Flüchtlingsfürsorge. Der Ortsausschuß des Stadtkreises Bielefeld für die Flüchtlingshilfe und Minderwandererhilfe versendet in diesen Tagen an zahlreiche Bielefelder Bürger Aufrufe mit der Bitte, die oft bewährte Opferfreudigkeit noch einmal zu beweisen und für unsere Brüder und Schwestern, die von Haus und Hof vertrieben sind und fast ihr ganzes Hab und Gut wegen ihrer deutschen Abstammung und Gesinnung verloren haben, namhafte Beiträge zu zeichnen zur Linderung der schweren Nöte und Sorgen, denen diese Flüchtlinge ausgegesetzt waren und dauernd noch sind.

Wir zweifeln nicht daran, daß jeder nach Kräften gern seine Gabe beiträgt, damit wenigstens die besonders drückenden Nöte beseitigt oder gemildert werden.

Bielefeld hat bereits eine ganze Anzahl von Flüchtlingen aus Elsaß-Lothringen aufgenommen; man braucht diesen Armen nur einmal ins Auge zu sehen, dann kann man ihren Schmerz begreifen und wird willig dazu beitragen, daß ihnen die Neugründung eines bescheidenen Haushaltes bald ermöglicht wird.

Hauptsammlerstelle für diese Spende ist die Stadt-Sparkasse; wer einen besonderen Verbehruf vom Ortsausschuß nicht erhalten hat, wird gebeten, seine Gabe auf der Stadt-Sparkasse während der Dienststunden von 8 1/2 Uhr vormittags bis 5 Uhr nachmittags abzugeben.

— Für „Durchhalten“ des Auswärts gingen weiter ein: Von Diakonisse M. K., Rotthaus, 3 M.; M. S., Lübeck, 5 M.; Frau M., Büsum, 2 M.; S. R., Treptow, 1,15 M.; E. H., Neuwarps, 5 M.; Pfarrer W. K., Kleinlausenburger, 3 M.; J. A., Köln-Deutz, 2 M.; Frau W., Forsthaus Möckfurt, 5 M.; Frau M. K., Breslau, 4 M.; Frau M. K., Rehen a. Venz, 10 M.; S. L. Sch., Kirtorf, 5 M.; Pastor G. M., Niederwiera, 2 M.; Studienrat W., Gütersloh, 16,20 M.; P. K., Gelsenkirchen, 4 M.; Frau A. M., Göttingen, 3 M.; 3. Niederlöflich, 6 M.; Frau A. S., Plauen, 5 M.; Kaufmann W. J., Wismenden, 10 M.; Pastor J., Stapelmoor, 5 M.; S. A., Dümpten b. Mülheim, 10 M.; G. W., Gelsenkirchen, 5 M.; Lehrerin M. Sch., Dortmund, 10 M.; W. M., Sartum, 2 M.; Schw. S., Schwesig, 3 M.; Pastor S. M., Witten (Ruhr), 10 M.; Dipl.-Ing. A. St., Magdeburg, 1 M.; Frau P. K., Düsseldorf, 10 M.; Frau M. L., Schmöln (S.-A.), 3 M. Herzlichen Dank! Wer hilft weiter?

Für den Inhalt verantwortlich: W. Kraa, Bethel. — Druck und Verlag: Druckerei Bethel bei Bielefeld. Fernruf 74. Amt Bielefeld. Alle für die Redaktion bestimmten Zuschriften sind zu richten nach Bielefeld. Schlichtfach 141. Alles, was die Expedition betrifft, alle Anträge und Geldsendungen an die Geschäftsstelle: Missionar Seienbrol, Bethel bei Bielefeld, Postfach 7382 Hammover.

Unser Vaterland in Gegenwart u. Zukunft.

Hierüber spricht am

Sonnabend, den 25. Oktober, abends 8 Uhr,

Landtagsabgeordneter **G. Budjuhn,**

Syndikus der Handwerkskammer in Bromberg
in Bielefeld, Hotel Vereinhans (großer Saal).

Deutsch-nationaler Volksverein
Bielefeld und Gadderbaum.

Zur Deckung der Unkosten wird am Saaleingang ein Eintrittsgeld von 30 Pfg. erhoben.

Margarine.

Die seit Sonnabend voriger Woche rollenden Margarine-mengen sind bis jetzt nicht eingetroffen, so daß die Ausgabe heute nicht beginnen kann. Der Beginn des Verkaufs wird in den nächsten Tagen bekannt gegeben.

Magistrat Bielefeld.

Brennholz

hauptsächlich Eichenholz, 1-2,5 m oder 14-22 cm lang, zur Verfeuerung an Häfen
gehörten gegen Kasse gelöst. Auf
Lagerung gesichert.
Holzhandlg. Wilmking, Gütersloh
i. Westf. Tel. 106.

Bekanntmachung betr. Kartoffeln.

Mehrfach nach hier gerichtete Anfragen lassen erkennen, daß bezüglich des Bezugscheinerfahrens sowohl bei den Kartoffelkellern als bei den bezugscheinberechtigten Bevölkerung Unklarheit herrscht. Ich gebe deshalb bekannt, daß die unter dem 30. 9. 1919 erlassene und im Haller Kreisblatt vom 30. 9. 1919 veröffentlichte Anordnung betr. Kartoffeln, zu welcher von der Provinzialkartoffelstelle unter dem 8. d. M. verstärkte Bestimmungen ergangen sind, noch in Kraft ist und eine Aufhebung derselben nicht erfolgen wird. Mit einer Lieferung auf Bezugscheine ist daher nicht zu rechnen.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses Halle i. W.
gez. Roehrig.

Vorstehendes bringen wir mit dem Bemerken zur allgemeinen Kenntnis, daß die Provinzial-Kartoffelstelle in Münster, wie schon in unserer Bekanntmachung vom 15. 10. erwähnt ist, die Ausstellung von Kartoffel-Bezugscheinen auf die überprüften Kreise der Provinz Westfalen unterlagert hat, bis die in Frage kommenden Lieferkreise die ihnen auferlegten Zwangslieferungen und 30 Prozent sicher gestellt haben.

Es hat daher vorläufig absolut keinen Zweck, sich weiter um die Bezugscheine für Kartoffeln aus Westfalen zu bemühen.

Wir empfehlen daher jedem, seine Kartoffeln, wenn seine Nummer an der Reihe ist, von den betr. Verkaufsplätzen abholen zu lassen.

Der Magistrat.

51 Jahre alter Gärtner.

der auch Bantmenten über-
nehmen kann, früher längere
Jahre in der Inneren Mission
 tätig, **sucht dauernde
Stellung** unter bescheidenen
Ansprüchen. **Max Selzer,**
Canaloffizier, Bielefeld, 27.
J. St. Berg, Poststr. 27.

Billige Uhren

echt Silber 38,—
Nidel . . . 25,—
Bedühren 10,—
Alles Friedens-
ware.

Uhren-Klinik
Bernh. Dierse,
Remeistr. 7.

Gerissene Strümpfe.
Wollne, Baumwollne, Seiden,
flachs werden schnellstens re-
pariert bei

M. Jungblat
Altstädter-Kirchstr. 20.

Stellen-Angebote
haben im „Aufwärts“ sehr oft
Erfolge.

DAMEN-KONFEKTION

Neu-Eingänge in Modellen für Herbst u. Winter in Damen-Mänteln, Jacken-Kleidern, Tailen-Kleidern, Kostümröcken u. Damenblusen.

Preiswerte Pelzmäntel und Mäntel
halb auf Pelz gefüttert in grosser Auswahl.

Morgenröcke

aus Flauschstoffen und Wolle

98⁰⁰ 128⁰⁰ 195⁰⁰

Morgenröcke

aus Seide, in hell- und dunkel-
farbig und geblümt

168⁰⁰ 290⁰⁰ 385⁰⁰

Blusen

in Seide und Wolle, schwarz,
einfarbig, kariert und geblümt

49⁰⁰ 68⁰⁰ 95⁰⁰

Blusen

in Crêpe de chine, Voile - Ninon
und Chiffon, in hellen u. dunklen
Farben

125⁰⁰ 168⁰⁰ 198⁰⁰

Tailen-Kleider

aus Seide, in schwarz und farbig,
Kittelformen, mit Knöpfen u. Stickerei

128⁰⁰ 195⁰⁰ 245⁰⁰

Tailen-Kleider

aus Seide und Voile, in rosa, hellblau
und helllila, mit Perlen und Franzen

295⁰⁰ 375⁰⁰ 490⁰⁰

Tailen-Kleider

aus Wolle und Seide, Mantel- u. Kittel-
kleider, reich mit Knöpfen u. Tressen
garniert

550⁰⁰ 625⁰⁰ 690⁰⁰

Tailen-Kleider

für Theater und Gesellschaft, in Seide,
Voile ninon und Samt, hell- und
dunkelfarbig

750⁰⁰ 835⁰⁰ 975⁰⁰

Kostüm-Röcke

aus einfarbigen u. gemusterten Stoffen,
solide Stoffe mit Stepperei u. Knöpfen

28⁵⁰ 39⁰⁰ 48⁰⁰

Kostüm-Röcke

aus guten blauen und schwarzen
Stoffen mit Tressen und Knöpfen
garniert

69⁰⁰ 78⁰⁰ 89⁰⁰

Kostüm-Röcke

aus reinwollenem Kammgarn und
Gabardine, blau und schwarz, neue
flotte Formen

98⁰⁰ 138⁰⁰ 178⁰⁰

Kostüm-Röcke

aus prima Gabardine, Köpervelt
u. Seidenstoffen, in bester Verarbeitung

198⁰⁰ 225⁰⁰ 295⁰⁰

Jacken-Kleider

in blau, schwarz und farbig, solide
Stoffe, jugendliche Formen

95⁰⁰ 145⁰⁰ 195⁰⁰

Jacken-Kleider

in allen Farben, neue Formen, mit
Stepperei und Tressen

245⁰⁰ 295⁰⁰ 365⁰⁰

Jacken-Kleider

aus guten Stoffen, Samt und Velvet
mit Knopfgarnitur u. Pelzbesatz . .

395⁰⁰ 450⁰⁰ 525⁰⁰

Jacken-Kleider

aus reinwollenem Kammgarn und
Gabardine, blau, schwarz und farbig
in bester Verarbeitung

575⁰⁰ 625⁰⁰ 695⁰⁰

Damen-Mäntel

aus melierten und karierten Stoffen,
¾ lang u. lang, mit großem Kragen

68⁰⁰ 98⁰⁰ 125⁰⁰

Damen-Mäntel

aus soliden, schweren, halbschweren
Stoffen, jugendliche Formen

165⁰⁰ 195⁰⁰ 235⁰⁰

Damen-Mäntel

aus guten Stoffen, in allen Farben,
mit Stepperei und Knöpfen

285⁰⁰ 335⁰⁰ 395⁰⁰

Damen-Mäntel

aus prima Stoffen, beste Verarbeitung,
mit Pelzkragen und Garnitur

450⁰⁰ 525⁰⁰ 690⁰⁰

Astrachan-Mäntel

ganz gefüttert, mit Opossum- oder
Stoffkragen

128⁰⁰ 195⁰⁰ 250⁰⁰

Astrachan-Mäntel

prima Qualität, in Wolle u. Seiden-
Astrachan, lose und anschließend

295⁰⁰ 375⁰⁰ 490⁰⁰

Samt-Mäntel

aus Seidensamt und Sealplüsch, lose
Fassons und Mantelkleider

395⁰⁰ 465⁰⁰ 550⁰⁰

Samt-Mäntel

aus gutem Samt und Sealplüsch, mit
Pelzkragen und Pelzstreifen

690⁰⁰ 790⁰⁰ 975⁰⁰

Kinderkleider

in Wolle, blau, kariert und rot,
Kittelform m. Tresse

78⁰⁰ 95⁰⁰ 145⁰⁰

Kinderkleider

in Seide u. Wolle, blau, marine
und weinrot, reizende Formen

168⁰⁰ 195⁰⁰ 225⁰⁰

Kindermäntel

in aparten, neuen Farben,
reich gesteppt

148⁰⁰ 198⁰⁰ 250⁰⁰

Kindermäntel

in grau, marine und gemustert,
flotte Formen

48⁰⁰ 68⁰⁰ 95⁰⁰

S. ALSBERG & CO., BIELEFELD